Bebauungsplan für das Wohngebiet "Kleinobringer Straße" der Gemeinde Am Ettersberg, Ortsteil Großobringen

LEGENDE

FESTSETZUNGEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

Traufhöhe als Höchstmaß

BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT

überbaubare Fläche

Baugrenze (§ 23 BauNVO)

Straßenverkehrsfläche

Zweckbestimmung

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN

Flächen für Versorgungsanlagen

WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSER-

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Zweckbestimmung: Vegetationsfläche

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MAßNAHMEN UND

FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR

O O O Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen,

Abgrenzung des Maßes der Nutzung: hier: unterschiedliche Traufhöhen (§ 16 Abs. 5 BauNVO)

Bezugshöhe in Meter über Normalhöhennull (NHN)

Definition der Erschließungsseite als Grundlage der

• 292.12 Höhenpunkte in Meter über Normalhöhennull (m ü. NHN)

338.98 für Traufhöhenfestsetzung - Bestandshöhen innerhalb der

Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)

öffentliche Grünfläche

ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

(GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNGEN)

z. B. **G1** Gestaltungsmaßnahme G1

zu erhaltende Bäume

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

(§ 9 Abs. 7 BauGB)

Höhenfestsetzung

HINWEISE ZUR PLANUNTERLAGE

____ mögliche Grundstücksgrenzen

Flurstücksgrenze

vorhandene Bäume

zu rodende Bäume

__

unterirdische Telekomleitung

597/1 Flurstücksnummern

HINWEISE ZUR PLANUNG

_____ Flurgrenze

WIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans befinde

sich vollständig in der Trinkwasserschutzzone III

eines festgesetzten Wasserschutzgebietes.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

Zweckbestimmung

Löschwasserzisterne

Mülltonnenstandplatz

DES WASSERABFLUSSES

(§ 9 Abs. 1, Nr. 25 BauGB)

SONSTIGE PLANZEICHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)

Wirtschaftsweg

TH 6,5 m in Meter über Bezugspunkt (§ 16 BauNVO)

nicht überbaubare Fläche (§ 23 BauNVO)

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber

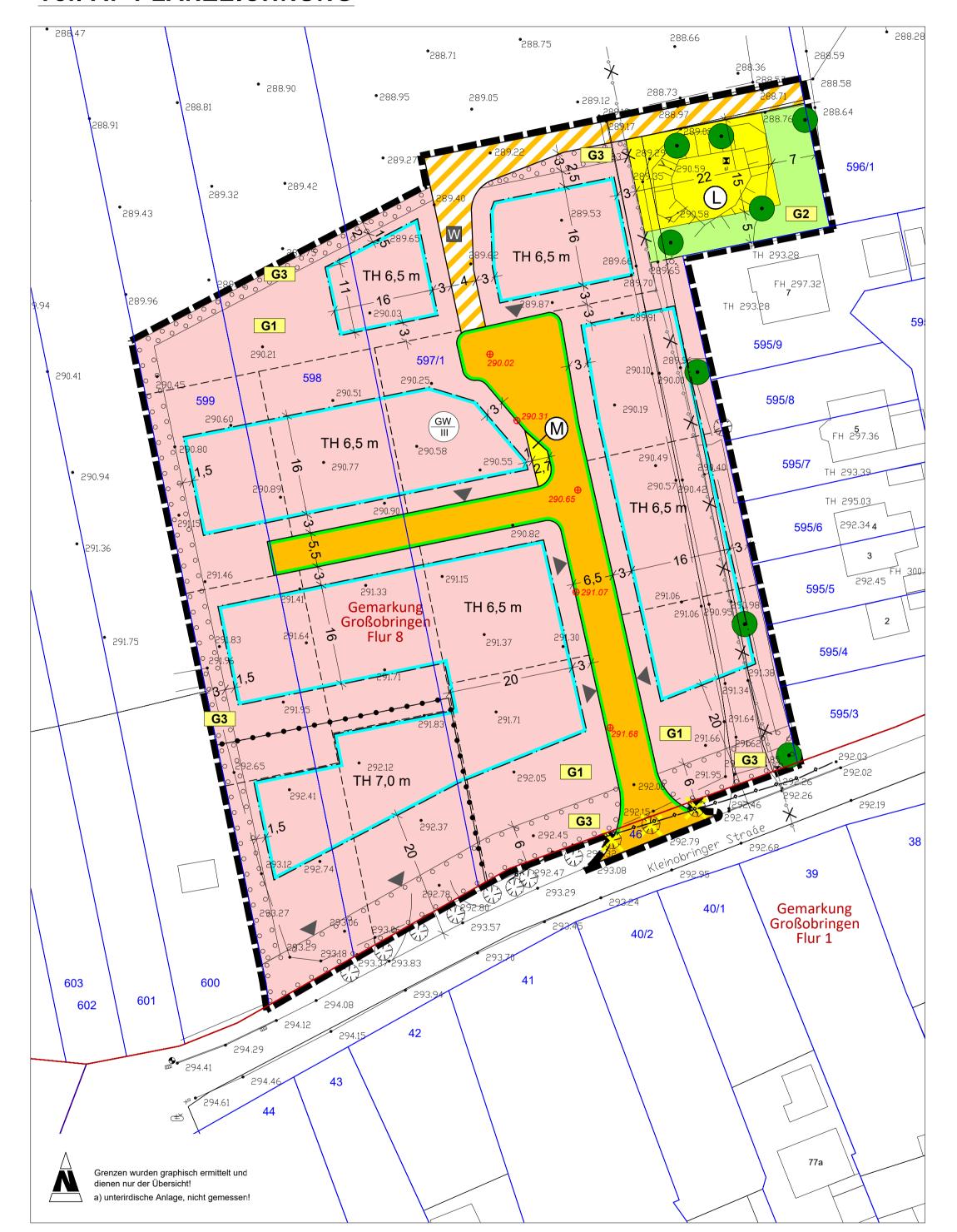
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Teil A: PLANZEICHNUNG



ANGEWANDTE RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 394) Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBI. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBI. I S. 2240) geändert worden ist

Thüringer Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes und zur weiteren landesrechtlichen Regelung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Thüringer Naturschutzgesetz -ThürNatG) vom 30. Juli 2019, geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBI. S. 323, 340) Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBI. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom

26. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBI. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2023 (GVBI. S. 127) Thüringer Bauordnung (ThürBO) vom 13. März 2014 (GVBI. S. 49), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 2022 (GVBI. S. 321)

Thüringer Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale (Thüringer Denkmalschutz- gesetz - ThürDSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 2004 (GVBI. S. 465), mehrfach geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBI. S. 731, 735) Bundes-Bodenschutz-Gesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBI. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBI. I S. 306) geändert worden ist

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBI. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember

Thüringer Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (Thüringer UVPG- Gesetz - ThürUVPG) vom 20. Juli 2007 (GVBI. Nr. 7, S. 85), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom Bundeskleingartengesetz (BKleinG)vom 28, Februar 1983 (BGBI, I S. 210), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 19. September 2006 (BGBI, I S. 2146) geändert worden ist Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBI. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBI.

Thüringer Wassergesetz (ThürWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 2019, das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBI. S. 277, 285) geändert worden Thüringer Bodenschutzgesetz (ThürBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 2003, geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBI. S. 323, 340)

Teil B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO)

- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

1.1 Gebietsbezeichnung

Das Gebiet wird gemäß § 4 Abs. 1 BauNVO als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt.

1.2 Zulässig sind gemäß § 4 Abs. 2 BauNVO:

- die der Versorgung des Gebietes dienenden Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht

Folgende allgemein zulässige Nutzungsarten werden nach § 1 Abs. 5 BauNVO ausgeschlossen gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO:

- die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO:

- Anlagen für sportliche Zwecke

1.3 Ausnahmen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 1, 3 - 5 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 6 BauNVO werden ausge-

Ausnahmsweise zulässig sind die der Versorgung des Gebietes dienenden nicht störenden Gewerbebetriebe (§ 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 5 BauNVO)

2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 Abs.3 BauNVO)

2.1 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ) und die Höhe der baulichen Anlagen (Traufhöhe) festgesetzt.

2.2 Grundflächenzahl

Die festgesetzte Grundflächenzahl beträgt 0,4. Eine Überschreitung der Grundflächenzahl gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO ist zulässig.

2.3 Höhe baulicher Anlagen

Die Höhe der baulichen Anlagen wird mit der Traufhöhe festgesetzt. Diese wird gemessen als Höhendifferenz zwischen unterem Bezugspunkt und dem Schnittpunkt Außenkante Fassade/ Oberkante Dachhaut (Traufhöhenpunkt). Bei Flachdächern sind erforderliche Umgrenzungen (z. B. Attika bei kiesbedeckten Dächern) einzubeziehen. Unterer Bezugspunkt für die Ermittlung der Gebäudehöhe ist die ausgewiesene nächstgelegene Bestandshöhe des Geländes in Meter über Normalhöhennull (NHN) auf der zur Straße ausgerichteten Grundstücksseite bzw. als Erschließungsseite definierten Grundstücksseite innerhalb der dargestellten Straßenverkehrsfläche. Die max. Traufhöhe ist mittels Planeinschrieb im jeweiligen Baufeld festgelegt.

3. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKS-

FLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nrn. 2 und 6 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 BauNVO)

3.1 Bauweise

Im Bebauungsplangebiet wird eine offene Bauweise festgesetzt. Die Gebäude sind mit einem seitlichen Grenzabstand als Einzel- oder Doppelhäuser mit einer maximalen Länge von 50 m zu

3.2 überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baugrenzen festgesetzt.

Pro Baugrundstück sind 2 Stellplätze zu realisieren.

3.3 Es wird festgesetzt, dass höchstens 2 Wohnungen je abgeschlossenem, selbstständig nutzbarem Wohngebäude zulässig sind.

4. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, GARAGEN, CARPORTS UND SONSTIGE **NEBENANLAGEN** (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, §§ 12, 14, 22 Abs. 4 und 23 Abs. 5 BauNVO)

4.1 Garagen, Carports und Stellplätze gemäß § 12 BauNVO sind auf der überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksfläche zulässig (§ 12 Abs. 6 BauNVO). Garagen und Carports sind mindestens 5,0 m von der straßenseitigen Grundstücksgrenze auf der Erschließungsseite des Baugrundstückes zurückzusetzen.

4.2 Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO, die der Versorgung des Baugebietes mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie der Ableitung des Abwassers dienen, sind ausnahmsweise ohne entsprechende Flächenfestsetzung zulässig.

5. PLANUNGEN. NUTZUNGSREGELUNGEN. MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MAGNAHMEN ZUM SCHUTZ. ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNGEN) (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und Abs. 6 BauGB)

5.1 Lage im Trinkwasserschutzgebiet

Aufgrund der Lage des Plangebietes in der Trinkwasserschutzzone III ist folgendes ausge-- Verwendung von Öl als Heizmedium (Ölheizung / Öltanks)

5.2 Fläche mit Bindung für die Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)

Schutzmaßnahme S1: Erhalt schützenswerter Einzelbäume am östlichen Rand des Plangebietes Die in der Planzeichnung festgesetzten Bestandsbäume sind dauerhaft zu erhalten. Abgängige Bäume sind durch eine Neupflanzung mit gebietsheimischen Laub- oder Obstbäumen gemäß Pflanzliste 1 oder 2 in der Pflanzqualität "Hochstamm, 2x verpflanzt, Stammumfang 14-16 cm" 1:1 zu ersetzen.

5.3 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

- Erdwärme als Heizmedium / Grundwasserwärmepumpenanlage

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

5.3.1 Gestaltungsmaßnahme G1: Gestaltung der nicht überbaubaren Grundstücksfläche Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen bzw. die nicht durch Gebäude und bauliche Anlagen in Anspruch genommenen privaten Grundstücksflächen sind gärtnerisch zu gestalten (mindestens Anlage von Grünland durch eine Ansaat) und dauerhaft zu pflegen. Lose Material-, Schotter- und/oder Steinflächen (z.B. sog. "Schottergärten") jeder Art und Ausführung über 20 % der Fläche sind unzulässig. Mindestens 70 % der nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit offenem oder bewachsenem Boden als Grünflächen anzulegen, gärtnerisch zu gestalten und zu unterhalten. Pro Grundstück sind mindestens ein kleinkroniger Laub- oder Obstbaum in der Pflanzqualität ,Heister', Höhe 100-125 cm, sowie mindestens 3 standortgerechte Laub- oder Obststräucher in der Pflanzqualität ,verpflanzter Strauch', Höhe von 60/100 cm, zu pflanzen. Zur Auswahl stehen Gehölzarten gemäß Pflanzlisten 1-4 (siehe Hinweise Pkt. 3.1 unter Teil B -Textliche Festsetzungen).

5.3.2 Gestaltungsmaßnahme G2: Begrünung der öffentlichen Grünfläche Die öffentliche Grünfläche ist dauerhaft als Vegetationsfläche zu sichern. Vorhandene krautige Vegetation sowie vorhandene Bäume sind vorrangig zu erhalten. Abgängige Bäume sind durch eine Neupflanzung mit gebietsheimischen Laub- oder Obstbäumen gemäß Pflanzliste 1 oder 2 in der Pflanzqualität "Hochstamm, 2x verpflanzt, Stammumfang 14-16 cm" 1:1 zu ersetzen.

5.3.3 Gestaltungsmaßnahme G3: Anlage eines Obstgehölzgürtels An der südlichen, westlichen und nördlichen Plangebietsgrenze sind im Übergang zwischen Wohngebiet, freier Landschaft und Verkehrsfläche Neupflanzungen von Gehölzen (Obstbäume oder Wildobstbäume (Pflanzliste 1), schmalkroniger Laubbäume (Pflanzliste 2) und sonstiger standortgerechter, heimischer Laubsträucher (Pflanzliste 3) bzw. Obststräucher (Pflanzliste 4) anzupflanzen. Es sind Pflanzreihen locker mit Sträuchern einer Höhe von 60/100 cm gemäß Pflanzliste 3 oder 4 mit einem Pflanzabstand von 2 m zueinander und 2 m in der Reihe, versetzt angeordnet, zu pflanzen. Die Bäume sind mindestens in der Pflanzqualität Heister, Höhe 100-125 cm, in einem Pflanzabstand untereinander von 5-8 m gemäß Pflanzliste 1 oder 2 zu pflanzen. Die Errichtung von baulichen Anlagen und Nebenanlagen gemäß §§ 12 und 14 BauNVO ist im Pflanzstreifen ausgeschlossen. Zur Erschließung von 2 südwestlich geplanten Grundstücken kann der Pflanzstreifen durch je eine Zufahrt mit einer max. Breite von 4 m

5.4 Externe Kompensationsmaßnahmen (§9 Abs. 1a BauGB)

unterbrochen werden.

5.4.1 Ersatzmaßnahme E1: Anlage einer Streuobstwiese nahe Krautheim Auf dem Flurstück 741 in der Flur 8 der Gemarkung Krautheim ist auf 2.300 m² Fläche (Ostteil des Flurstückes) eine Streuobstwiese anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Dazu sind in der bestehenden Wiesenfläche 23 neue Obstbäume und/oder Wildobstbäume in der Pflanzqualität "max. 2x verpflanzt, Hochstamm, Stammumfang 6-8 cm" in einem Pflanzabstand von 10 m zueinander zu pflanzen.

5.4.2 Ersatzmaßnahme E2: Erweiterung eines Feldgehölzes nahe Krautheim Auf dem Flurstück 741 in der Flur 8 der Gemarkung Krautheim ist auf 700 m² Fläche (Westteil des Flurstückes) ist zur Erweiterung des umgebenden Gehölzbestandes eine Pflanzung von 40% Bäumen und 60% Sträuchern vorzusehen. Dabei sind gebietsheimische Laubgehölze gemäß Pflanzlisten 6 und 7 zu verwenden. Bäume sind dabei im Pflanzabstand 5x5 m und in der Pflanzqualität "Heister, Höhe 100-125 cm" anzupflanzen. Sträucher sind im Pflanzabstand 2x1m



5.4.3 Ersatzmaßnahme E3: Wiederherstellung einer Streuobstwiese nahe Haindorf Auf dem Flurstück 153 in der Flur 1 der Gemarkung Haindorf ist auf 2.900 m² Fläche eine ehemalige Streuobstwiese wiederherzustellen und dauerhaft zu erhalten. Dazu sind in der bestehenden Wiesenfläche 29 neue Obstbäume und/oder Wildobstbäume in der Pflanzqualität "max. 2x verpflanzt, Hochstamm, Stammumfang 6-8 cm" in einem Pflanzabstand von 10 m zueinander zu pflanzen. Noch vorhandene Obstbäume des Altbestandes sind zu revitalisieren



BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 ThürBO)

ÄUßERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 88 Abs. 1 Nr. 1 Thürbo)

Für die geneigten Dächer von Hauptgebäuden sind Dacheindeckungsmaterialien in roten, rotbraunen oder anthrazitfarbenen Farbtönen zu verwenden. Solarkollektoren, Fotovoltaikanlagen und sonstige Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie sind generell zulässig. Pultdächer sind an Hauptgebäuden ausgeschlossen. Flachdächer von Garagen und Carports sind zu

HINWEISE

DENKMALPFLEGE

Bodendenkmale Archäologische Bodenfunde und historische Siedlungsreste sind im Sinne des § 16 ThürDSchG unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Thüringischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Abt. Bodendenkmalpflege, anzuzeigen. Die Vorgehensweise innerhalb der archäologischen Bodenfundstellen ist mit dem Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie abzustimmen. Der Beginn der Erdarbeiten ist 14 Tage vorher

BAULÄRM

anzuzeigen.

Während der Bauphase ist sicherzustellen, dass die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen - (AVV Baulärm vom 19. August 1970) festgesetzten Immissionsrichtwerte für die betroffenen Gebiete entsprechend ihrer tatsächlichen Nutzung während der Tagzeit und vor allem während der Nachtzeit eingehalten werden. Dabei gilt als Nachtzeit die Zeit von 20:00 bis 07:00 Uhr.

GRÜNORDNUNG

3.1 Pflanzlisten

Obstbäume im WA: Kulturapfel (Malus domestica), Pflaume/Zwetschge/Edel-Pflaume etc.

domestica), Kulturbirne (Pyrus communis), Quitte (Cydonia oblonga), Süßkirsche (Prunus avium), Sauerkirsche (Prunus cerasus), Essbare Vogelbeere (Sorbus aucuparia in Sorten), Pfirsich (Prunus persica), weitere Obstbäume sind zulässig

Wildobstbäume im WA: Wildbirne (Pyrus pyraster), Vogelkirsche (Prunus avium), Thüringer Mehlbeere (Sorbus thuringiaca 'Fastigiata'), Speierling (Sorbus domestica), Holzapfel (Malus sylvestris), Mehlbeere (Sorbus intermedia in schmalkronigen Sorten, Sorbus aria in schmalkronigen Sorten), Kirschpflaume (Prunus cerasifera)

Schmalkronige Laubbäume im WA: Zierapfel (Malus in Sorten), Zierkirsche (Prunus in Sorten), Feld-Ahorn (Acer campestre in Sorten), Hainbuche (Carpinus betulus in Sorten), Spitzahorn (Acer platanoides in Sorten), Pyramideneichen (Quercus robur ,Fastigiata' / ,Fastigiata Koster'), Stadtlinde (Tilia cordata ,Rancho', weitere standortgerechte, schmalkronige Laubbäume sind zulässig.

Sträucher und Wildobststräucher im WA: Hasel (Corylus avellana), Schwarzer Holunder (Sambucus nigra), Hundsrose (Rosa canina), Blutroter Hartriegel (Cornus sanguinea), Gewöhnlicher Schneeball (Viburnum opulus), Weißdorn (Crataegus monogyna, C. laevigata), Kornelkirsche (Cornus mas), Liguster (Ligustrum vulgare), Gewöhnliche Felsenbirne (Amelanchier ovalis)

Obststräucher im WA: Rote Johannisbeere (Ribes rubrum), Schwarze Johannisbeere (Ribes nigrum), Stachelbeere (Ribes uva-crispa), Echte Brombeere (Rubus fruticosus), Himbeere (Rubus idaeus), Europäische Mispel (Mespilus germanica), Kulturbrombeere (Rubus spec. In Sorten), Haselnuss (Corylus in Sorten), weitere Obststräucher sind zulässig.

Obstbäume und Gebietsheimische Wildobstbäume für E1, E3: Kulturapfel (Malus domestica), Kulturbirne (Pyrus communis), Süßkirsche (Prunus avium), Wildbirne (Pyrus pyraster), Vogelkirsche (Prunus avium), Holzapfel (Malus sylvestris)

Gebietsheimische Laubbäume und Wildobstbäume für E2: Wildbirne (Pyrus pyraster), Vogelkirsche (Prunus avium), Holzapfel (Malus sylvestris), Feldahorn (Acer campestre), Hainbuche (Carpinus betulus in Sorten), Thüringer Mehlbeere (Sorbus thuringiaca ,Fastigiata'), Echte Mehlbeere (Sorbus aria)

Gebietsheimische Laubsträucher für E2: Hasel (Corylus avellana), Schwarzer Holunder

(Sambucus nigra), Hundsrose (Rosa canina), Blutroter Hartriegel (Cornus sanguinea), Gewöhnlicher Schneeball (Viburnum opulus), Weißdorn (Crataegus monogyna, C. laevigata), Schlehe (Prunus spinosa), Kreuzdorn (Rhamnus cathartica), Pfaffenhütchen (Euonymus europaeus), Wolliger Schneeball (Viburnum lantana), Rote Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)

Für die Realisierung der Baumaßnahmen sind die geltenden Regelwerke (Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) und die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) einzuhalten.

EMISSIONEN / LÄRM

Gebäudeseite angeordnet werden.

Kampfmittelräumdienst zu benachrichtigen.

zu den üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

Freistaates Thüringen zu veranlassen.

MUNITIONSFUNDE

EINSICHTNAHME

ERDARBEITEN

ARTENSCHUTZ

durch den Feldhamster

Baubegleitung festzulegen.

Höhe bei freiem Anflug zu wählen.

10. BAUGRUNDGUTACHTEN

12. ALTLASTEN / DEPONIE

PLANUNTERLAGEN

Lage- und Höhenplan:

Gemarkung Großobringen, Flur: 8

Amtliches Liegenschaftskataster:

KATASTERVERMERK

..... übereinstimmen.

VERFAHRENSVERMERKE

Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (TLBG)

Schutzgebietslage nicht in Aussicht gestellt.

und der unteren Wasserbehörde abzustimmen.

9. ERDWÄRME

Auf Grund der Nähe zu landwirtschaftlichen Flächen sind die mit dieser Nutzung verbundenen Beeinträchtigungen bezüglich Lärm, Staub und Geruch zu dulden. Grenzabstände zur landwirtschaftlichen Fläche sind einzuhalten (§ 46 ThürNRG).

Empfehlung der Unteren Immissionsschutzbehörde: Besonders empfindliche Wohnräume

(Schlafzimmer, Kinderzimmer) sollten auf der von der Kleinobringer Straße abgewandten

Beim Auffinden von Munitionskörpern im Rahmen der Erschließung und Bebauung des

Plangebietes ist umgehend die örtliche Ordnungsbehörde, die zuständige Polizei oder der

Die der Planung zu Grunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) können bei der Gemeinde Am Ettersberg, Hauptstraße 23, 99439 Am Ettersberg,

Erdaufschlüsse (Bohrungen, Grundwassermessstellen, geophysikalische Messungen) sowie

größere Baugruben sind dem Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz

(bohrarchiv@tlubn.thueringen.de) gemäß Lagerstättengesetz 14 Tage vor Baubeginn

anzuzeigen. Nach Abschluss der Maßnahme ist unverzüglich und unaufgefordert die Übergabe

der Schichtenverzeichnisse einschließlich der Erkundungsdaten und der Lagepläne durch die

Bohrfirmen oder durch das beauftragte Ingenieurbüro in das Geologische Landesarchiv des

Eine Fällung von Bäumen ist im Zeitraum von März bis September nicht zulässig. Abweichend

davon kann in begründeten Fällen die Naturschutzbehörde Ausnahmen erteilen, wenn eine

Beeinträchtigung besonders geschützter Tierarten fachgutachterlich ausgeschlossen werden

Vermeidungsmaßnahme V2: Bauvorbereitende Maßnahmen zur Vermeidung von Besiedlung

Um eine Betroffenheit einzelner Individuen auszuschließen, sind die Bauflächen bis zum

Baubeginn unattraktiv für Feldhamster zu bewirtschaften. Dies ist durch einen regelmäßigen

Flächenumbruch zu gewährleisten, um ein Aufwachsen von Vegetation mit Habitateignung für

den Feldhamster zu unterbinden. Das Abschieben des Oberbodens ist nur auf Flächen gestattet,

die nachweislich keine Feldhamsterbesiedlung aufweisen. Im Zweifel sind die Flächen vor

Baubeginn erneut durch eine fachlich qualifizierte Person zu überprüfen, ggf. weiterführende

Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen sind dann in Abstimmung mit der Unteren

Die Baufeldfreimachung durch Abschieben des Oberbodens im Bereich der Bauflächen ist

vorrangig außerhalb des Zeitraumes von 01. März bis 30. September durchzuführen. Ist die

Einhaltung dieses Zeitraumes nicht möglich, sind vor Baubeginn die Flächen auf das

Vorkommen von planungsrelevanten Vogelarten zu untersuchen (Brutvögel Offenland). Zur

Vermeidung von Vogelbruten während der Bauzeiten sind ggf. gezielte

Vergrämungsmaßnahmen vor oder während der Baumaßnahmen im Zuge der ökologischen

Im Zuge einer ökologischen Baubegleitung ist vor und während der Baumaßnahmen im Plangebiet sicher zu stellen, dass sämtliche Maßnahmen zur Vermeidung eingehalten werden.

Die jeweils Maßnahmenspezifischen Inhalte sind vor Baubeginn mit allen fachlichen Beteiligten

An geeigneten Gehölzen auf Grünflächen im Gemeindegebiet sind insgesamt 10 geeignete

östlich ausgerichtete, überwiegend schattige bis halbschattige Standorte in mindestens 4 m

Die Zulassung von Tiefenbohrungen für Erdwärmesondenanlagen wird wegen der

Ausgehend von einer relativ weit fortgeschrittenen Subrosion sind Erdfälle und Einsenkungen

zwar noch möglich, kommen aber selten vor und sind im Plangebiet bisher auch nicht bekannt.

Im Rahmen der Untersuchung und Bewertung der Baugrund- und Gründungsverhältnisse sollte

auf lokal ungewöhnlich hohe Lockergesteinsmächtigkeiten geachtet werden, da es sich hierbei

Eine diffuse, flächige Versickerung ist erlaubnisfrei möglich. Die gezielte Versickerung über

nach § 8 WHG. Die Details sind, sollte dies zum Tragen kommen, im Rahmen der

Versickerungsanlagen bedarf wegen der Schutzgebietslage einer wasserrechtlichen Erlaubnis

nachfolgenden Planungsebene der Objekt- und Erschließungsplanung mit dem Zweckverband

Die aus der Nachsorge entlassene Deponie Großobringen (Flur 8, Flurstück 586/1) befindet sich

ca. 200 m nordöstlich des Plangebietes. Es ist sicherzustellen, dass die Deponie in keiner Weise

durch die geplanten Baumaßnahmen berührt wird. Dies gilt insbesondere auch für

Baustelleneinrichtungen, Lagerflächen oder die Entsorgung etwaiger Abfälle aus der

öffentlich bestellter Vermessungsingenieur Ulf Ziesemann, Lisztstraße 4, 99423 Weimar

Stand Planungsunterlage: 25.11.2021; Lagebezug: ETRS 89 / UTM 32; Höhenbezug: NHN

Geoportal Thüringen; dl-de/by-2-0; Lizenztext: www.govdata.de/dl-de/by-2-0; Stand: 12.06.2024

um natürlich bzw. auch anthropogen bereits wieder verfüllte Subrosionsformen handeln könnte.

sten anzubringen. Als Montageplatz sind vorzug

Ausgleichsmaßnahme A1: Installation geeigneter Ersatzquartiere für Fledermäuse

Naturschutzbehörde im Zuge der ökologischen Baubegleitung festzulegen.

Vermeidungsmaßnahme V3: Bauzeitenregelung Offenland

Vermeidungsmaßnahme V4: Ökologische Baubegleitung

abzustimmen und fortlaufend während der Bauarbeiten einzuhalten.

Vermeidungsmaßnahme V1: Gehölzentfernung außerhalb der Brutzeit von Vögeln

der geplanten Wohnbebauung nur die Mindestschalldämmung von R'_{w.ges} = 30 dB.

Die erforderlichen gesamten bewerten Bau-Schalldämm-Maße R'_{w.ges} werden nach den 3. Öffentlichkeitsbeteiligung Vorgaben der DIN 4109-02 von 2018 bestimmt. Im vorliegenden Fall gilt für die Außenbauteile

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 09.06.2022 bis 11.07.2022 in Form einer öffentlichen Auslegung mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt

werden kann, wurden mit Schreiben vom 30.05.2022 über die Planung unterrichtet und zur Äußerung im

Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB

aufgefordert sowie mit Schreiben vom 30.05.2022 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme

Die Bekanntmachung zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte am 01.06.2022.

2. Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) wurde, einschließlich der Begründung, vom Stadtrat der Gemeinde Am Ettersberg gebilligt und seine Offenlegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

4. Billigungs- und Offenlegungsbeschluss / Entwurf- und Veröffentlichungsbeschluss

1. Entwurf: 14.06.2023 2. Entwurf: 13.01.2024

5. Offenlegungsvermerk / Veröffentlichungsvermerk

Der Entwurf des Bebauungsplanes, einschl. Begründung, wurde gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt/ veröffentlicht. Ort und Dauer der Auslegung wurden mit den Hinweisen, das Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können und welche Art umweltrelevanter Informationen vorliegen, im Amtsblatt der Gemeinde Am Ettersberg ortsüblich bekanntgemacht. Zusätzlich erfolgte eine Veröffentlichung auf der Internetseite der Gemeinde Am Ettersberg.

. Entwurf vom 10.07.2023 bis 11.08.2023 Amtsblatt 01.07.2023 2. Entwurf vom 04.03.2024 bis 08.04.2024 Amtsblatt 01.03.2024

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Die von der Planung berührten Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB schriftlich zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplanes aufgefordert.

1. Entwurf: Schreiben vom 03.07.2023 2. Entwurf: Mail vom 26.02.2024

Behandlung von Anregungen und Bedenken

Die vorgebrachten Anregungen sowie Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden vom Stadtrat der Gemeinde Am Ettersberg in einer öffentlichen Sitzung behandelt. Das Abwägungsergebnis wurde mitgeteilt.

1. Entwurf: Abwägung am 31.01.2024 2. Entwurf: Abwägung am 07.08.2024

Am Ettersberg, den ...

Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Am Ettersberg, den

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), wurde gemäß § 10 Abs. 1 BauGB vom vom Stadtrat der Gemeinde Am Ettersberg in öffentlicher Sitzung am 07.08.2024 als Satzung beschlossen. Die Begründung, in der Fassung vom Juli 2024 wird gebilligt.

Bürgermeister

Genehmigungsvermerk

Der Bebauungsplan "Kleinobringer Straße" wurde von der Verwaltungsbehörde gemäß § 10 Abs. 2 BauGB am

Am Ettersberg, den

Bürgermeister

10. Ausfertigung Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen des Stadtrates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des

Am Ettersberg, den ...

Bebauungsplanes werden beurkundet.

11. Inkraftsetzungsvermerk

Die Satzung über den Bebauungsplan ist am gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, dass der Bebauungsplan mit Begründung während der Dienststunden im Bauamt der Gemeinde Am Ettersberg von jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung trat der Bebauungsplan in Kraft. In der Bekanntmachung wird auf folgendes hingewiesen: Eine Verletzung der in § 214 Abs.1 Satz 1 Nr.1-3 und Abs. 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung nach § 214 Abs.3 Satz 2 BauGB sind gemäß § 215 Abs.1 Nr.1-3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind.

Es wird bescheinigt, dass die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen innerhalb des Am Ettersberg, den Geltungsbereiches des Bebauungsplanes mit dem Liegenschaftskataster nach dem Stand vom

Bürgermeister

Bürgermeister

Gemeinde Am Ettersberg

Erfurt, den ...

Der Stadtrat der Gemeinde Am Ettersberg hat in der öffentlichen Sitzung vom 10.03.2021 gemäß § 2 Abs.1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Beschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 01.04.2021 ortsüblich bekanntgemacht.

Katasterbereich Erfurt

Am Ettersberg, den .

Kupferstraße 1, 99441 Mellingen Tel.: 036453/865-0, Fax: 036453/86515 Hauptstraße 23, 99439 Am Ettersberg Projekt: Bebauungsplan für das Dipl.- Ing. I. Kahlenberg Wohngebiet "Kleinobringer Straße" der Gemeinde Am Ettersberg Ortsteil Großobringen 1:500 G. Arnold Planstand: Bearbeitungsstand: Zeichnung: Bebauungsplan Satzung Juli 2024 L:\STÄDTEBAU\Bauleitplanung\Bebauungspläne\Großobringen\4311 - BP WA Großobringen\Zeichnungen\Satzung\Aktuell BP Satzung.DWG

KGS PLANUNGSBÜRO HELK GmbH

Auftraggeber:

Thüringer Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation